

Geschichte, Philosophie usw. gewirkt. Das Interesse der Studenten kann sich aber nur in dem Maße entwickeln, wie es in der Schule geweckt worden ist. Eine weitere Ursache liegt in dem, was sich mit dem Begriff "kultureller Nihilismus" umschreiben ließe, einem Stichwort, das in dem Interview fällt, auf das jedoch nicht näher eingegangen wird. Da die Kultur allgemein und im besonderen die Geisteswissenschaften permanenter Überprüfung nach politisch-ideologischen Kriterien ausgesetzt sind, ist die Gefahr einer Reduzierung des kulturellen Bestandes ständig gegeben, eine Gefahr, die durchaus nicht nur auf die Kulturrevolution beschränkt war. Im politischen Bewertungsprozeß erweisen sich die Geisteswissenschaften als besonders anfällig, und so ist es den Studenten nicht zu verdenken, daß sie sich scheuen, dieses unsichere Terrain zu betreten. Nicht zuletzt ist als eine wichtige Ursache für die Krise der allgemein herrschende Materialismus anzuführen, der das Geldverdienen zu einem Wert schlechthin erhebt und dazu geführt hat, daß selbst wissenschaftliche Institute hauptsächlich danach beurteilt werden, wieviel Gewinn sie machen. Daß in einer solchen Atmosphäre die Geisteswissenschaften bei den Studenten nicht zu den bevorzugten Fächern zählen, ist nicht verwunderlich. Eine verstärkte Ausrichtung der Geisteswissenschaften auf die Praxis allein kann diese nicht aus der Krise führen; erforderlich wäre auch eine Erhöhung der Gehälter in den geisteswissenschaftlichen Berufen, z.B. der Gehälter für Lehrer. -st-

Außenwirtschaft

*(18)

China-Messen verschoben oder abgesagt

Als Konsequenz der Massaker-Politik in China beschloß die Stadt Frankfurt, die für Anfang Juli 1989 in Frankfurt geplante 1. Europäische Chinawoche zu verschieben. Die fernöstliche Schau sollte aus einer China-Messe, einem Fachkongreß und einem Kulturprogramm bestehen. Bürgermeister Moog sagte, daß das Ziel der Veranstaltung, den wirtschaftlichen Austausch auf allen Ebenen zu fördern, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr "gewährleistet"

sei. Zudem würde Frankfurt "anders als beabsichtigt" in den Blick der Weltöffentlichkeit geraten, da die China-Woche die erste größere Veranstaltung der Volksrepublik nach den Ereignissen in Beijing in der westlichen Welt gewesen wäre.

Der Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft (Auma), Köln, teilte mit, daß die für den 7.-13.6.1989 in Beijing geplante "Medical China" nach Informationen der chinesischen Messeleitung "auf unbestimmte Zeit" verschoben worden sei. Später wurde mitgeteilt, daß die "Medical China" voraussichtlich im April 1990 stattfinden werde.

Verschoben worden seien auch die "Chinatex" in Shanghai (auf den 20.-25. Juli 1989), die "China Instrument" in Shanghai (auf den 6.-12. September 1989), die "China Build" in Beijing (auf den 18.-23. September 1989) sowie die "Automotive China" in Shanghai (auf den 24.-29. August 1989). (FAZ, 10.6.89 und 26.6.89; NfA, 6.6.89) -lou-

*(19)

China-Tourismus hart getroffen

Die Massaker-Politik in Beijing hat dazu geführt, daß zumindest fast alle deutschen Anbieter von China-Reisen vorerst ihre China-Reisen gestoppt haben. Die meisten Veranstalter boten ihren Kunden kostenlose Stornierungen von China-Reisen an. Als Ersatz wurden "Alternativen sonstwo auf der Welt" als Trostpflaster angeboten.

Für die Volksrepublik dürften die Stornierungen beträchtliche Folgen haben. Von der Regierung war der Fremdenverkehr als "Industrie der Zukunft" bezeichnet worden. 1988 waren 4,4 Millionen ausländische Touristen nach China gekommen; sie brachten über 2,2 Mrd. US\$ ein, das war eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von fast 20%.

Aus der Bundesrepublik waren 1988 ca. 70.000 Privat- und Geschäftsleute nach China gereist. 1986 waren nur 48.000 Deutsche, 1987 dann bereits 60.000 Deutsche nach China gereist.

Den Repräsentanten des chinesischen Fremdenverkehrsbüros in der Bundesrepublik war es bis Mitte Juni nicht gelungen, mit ihrer Behörde in Beijing Kontakt aufzunehmen. Die staatliche chinesische Reiseagentur Lu Xingshe

teilte dem Deutschen Reisebüro zunächst nur mit, daß Einzelreisende "zur Zeit nicht empfangen werden".

China-Reisen sind auf dem deutschen Markt eine Domäne kleinerer Veranstalter. Die wenigen großen Unternehmen, wie Deutsches Reisebüro, Neckermann oder Airtours International, bei denen China nur einen kleinen Teil des Angebots ausmacht, können einen eventuellen Zusammenbruch des China-Geschäfts leichter abfangen und die Kundschaft für andere Ziele in ihren Katalogen zu interessieren versuchen. Eine ganze Reihe von Spezialveranstaltern aber, die sich entweder ganz oder doch zum größten Teil mit China-Reisen befassen, muß sich mit einer schwierigeren Lage auseinandersetzen.

Die ersten Trübungen hatten die touristischen Beziehungen zur Volksrepublik allerdings schon vor dem Schock vom 4. Juni 1989 im Jahre 1988 bekommen, als extreme Trinkgeldforderungen, Ruppigkeit und Preiserhöhungen das strahlende Bild des China-Tourismus verdunkelten.

In Beijing hofft man, daß die Touristen möglichst bald und in Scharen zurückkommen. Die *China Daily* vom 14. Juni 1989 zeigte eine deutsche Reisegruppe, die es sich offenbar nicht hatte nehmen lassen wollen, unter den allerersten zu sein, die das Land nach dem Massaker wieder als normale Touristen bereisen. Sie wurde auf diese Weise zu Propagandazwecken ausgenutzt.

Mitte Juni 1989 teilte das Tourismusamt von Beijing mit, daß ca. 300 Touristengruppen - insgesamt 11.535 Menschen - abgesagt hätten. Im Mai 1989 seien die Deviseneinkommen aus dem Tourismus auf 18% des Ziels für diesen Monat gefallen. Auch die Taxifahrer hätten hohe Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Der Mai ist normalerweise einer der Hauptmonate für die Tourismus-Industrie in Beijing. Die Hotelkapazität ist gewöhnlich über 90% ausgebucht. Die Unruhen hätten dazu geführt, daß die Auslastungsquote auf unter 30% gefallen sei. Ein Sprecher der Beijinger Tourismus-Organisation fügte hinzu, daß es eine lange Zeit dauern werde, bevor sich die Dinge im Tourismusbereich normalisiert hätten. (XNA, 14.6.89; FAZ, 11. und 14.6.89; FR, 6.6.89) -lou-

* (20) Reaktionen internationaler Organisationen

Die deutsche Welthungerhilfe hat die Zusammenarbeit mit China nach dem Massaker in Beijing aufgekündigt. Dies teilte die Vorsitzende der Organisation, Helga Henselder-Barzel, vor Journalisten in Bonn mit. Im vergangenen Jahr wurden in China drei neue Projekte, beispielsweise ein Trinkwasserprogramm, mit gut 100.000 DM gefördert. Die Bundesbürger spendeten 1988 der Welthungerhilfe nach den Angaben ihrer Vorsitzenden die Rekordsumme von über 30 Mio.DM.

Die Weltbank gab bekannt, daß sie die Vergabe von für China vorbereiteten Projektkrediten in Höhe von 780 Mio.US\$ auf unbestimmte Zeit vertagen werde. Damit folgt die Weltbank der Aufforderung des amerikanischen Präsidenten George Bush, der eine Einstellung aller ausländischen Kredite für China als Sanktion für die Unterdrückung des Aufstandes vorgeschlagen und alle westlichen Industrieländer aufgefordert hat, dem zu folgen.

Durch die Suspendierung der 780 Mio.US\$ reduziert sich das Ausleiheprogramm der Weltbank für China für das am 30.Juni zu Ende gehende Geschäftsjahr 1988/89 auf 1,348 Mrd. US\$. Davon sind 550 Mio.US\$ zinslos mit zehn tilgungsfreien Jahren und einer Laufzeit von 40 Jahren gewährt worden. Den Rest hat China zu harten Weltbankkonditionen (7,8% Verzinsung, 20 Jahre Laufzeit) erhalten. China hat seit seinem Beitritt zur Weltbank im Jahre 1981 Kredite in Höhe von 7,8 Mrd.US\$ erhalten.

Die Reaktionen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, aber auch großer privater Finanzinstitute aus den Industrieländern wirft die Frage der Bewertung der Kreditwürdigkeit der Volksrepublik China auf. Die Volksrepublik leidet unter sinkenden Deviseneinnahmen aufgrund sinkender Exporte und des stagnierenden Tourismus. Die Gesamtverschuldung der Volksrepublik wird auf ca. 40 Mrd.US\$ geschätzt, davon sind allein 10 Mrd. kurzfristig geliehene Gelder.

Neue Kredite wären nötig, da sie zum Teil für die Refinanzierung alter Schulden eingesetzt werden müssen.

Die Kreditbewertungsagentur Moody's Investors Service hat chinesische Kreditnehmer "unter besondere Beobach-

ung" gestellt. Man ziehe eine Herabstufung der Bewertung in Betracht, sagte eine Sprecherin des Unternehmens auf Anfrage. Bislang sei die Einschätzung chinesischer Schuldner aber unverändert beibehalten worden. Moody's bewertet die langfristigen Schulden der Volksrepublik China sowie der Bank of China jeweils mit "A 3". Die beste Bewertung ist "AAA", die nächst niedrigen Stufen sind "AA 1" bis "AA 3" und "A 1" bis "A 3". (FAZ, 28.6.89) -lou-

* (21) Bundesrepublik stellt Hermes-Bürgschaften ein und setzt Kredite aus

Die deutsche Bundesregierung will in nächster Zeit für Geschäfte mit der Volksrepublik China keine Kapitalhilfen und Hermes-Bürgschaften mehr gewähren.

Bei der Hermes-Deckung handelt es sich um eine Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland zugunsten deutscher Exporteure und Kreditinstitute zur Deckung von auslandsbezogenen wirtschaftlichen und politischen Risiken des Ausfuhrgeschäftes. Mit den Ausfuhrbürgschaften bzw. Ausfuhrgarantien können Fabrikations-, Liefer- und Finanzkreditrisiken abgesichert werden, wobei allerdings eine Selbstbeteiligungsquote zwischen 5 und 15% verbleibt. Über Anträge auf Hermes-Deckungen entscheidet ein interministerieller Ausschuß, während die Geschäftsführung der Hermes-Kreditversicherungs AG und der Treuarbeit AG als Mandatarien übertragen ist.

Zu den von der Bundesregierung nach dem Massaker von Beijing ausgesetzten Entwicklungshilfegeldern für China gehört auch die bereits vertraglich vereinbarte, aber noch nicht formell unterschriebene Unterstützung des U-Bahnbaus in Shanghai, wie ein Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn mitteilte.

An dem Projekt wollte sich die Bundesrepublik mit 460 Mio.DM beteiligen. Auf Eis gelegt werden bilaterale Vorhaben, Begegnungen und Verhandlungen. Betroffen davon sind in erster Linie Vereinbarungen über die technische und finanzielle Zusammenarbeit für 1990, die mit 76,3 Mio. bzw. 220 Mio.DM den Rahmen der Zahlungen für das Jahr 1988 zumindest

nicht unterschreiten sollten. Laufende Projekte würden jedoch fortgesetzt, sofern aus technischen Gründen die Zusammenarbeit nicht unterbrochen werden mußte, verlautete aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. (HB, 14.6.89; SZ, 24./25.6.89) -lou-

* (22) Verkauf von New Zealand Steel storniert

Der geplante Verkauf von New Zealand Steel Ltd. an die China National Metals and Minerals Import & Export Corp. (Minmetals) findet nicht statt. Diese Ankündigung machte Fred Watson, Zwangsverwalter für die zusammengebrochene Equity Corp. Ltd., die 80% an New Zealand Steel hält.

Im April 1989 hatte sich das chinesische Unternehmen bereit erklärt, das 80-Prozent-Paket an New Zealand Steel von dem zusammengebrochenen Investitionsunternehmen Equity Corp. Ltd. zu übernehmen. Die restlichen 20% sollten von dem Haushaltswarenhersteller Fisher & Paykel's Industries kommen. Der Vertrag sollte am 30.Juni 1989 abgeschlossen werden; über den Preis war bislang nichts Genaues zu erfahren.

Nach den Unruhen in China war allem Anschein nach das Geschäft unsicher geworden. Banken sollen einen Zwischenkredit in Höhe von 450 Mio.US\$ an Minmetals zurückgezogen haben. Dennoch erklärten beide Partner zunächst, der Vertrag würde trotz der Weigerung der Banken, Minmetals zu finanzieren, zustande kommen.

Dann erfolgte eine gemeinsame Erklärung, wonach beide Vertragsparteien sich darauf geeinigt hätten, die Verhandlungen einzustellen, weil die "notwendigen Vorbedingungen" für die Transaktion nicht gegeben seien.

Wirtschaftsexperten hatten geschätzt, daß die Chinesen zwischen 300-400 Mio. Neuseeländische Dollars (ca. 168-225 Mio.US\$) zahlen würden.

Das in der Nähe von Auckland gelegene Stahlwerk war seit Mitte der 1980er Jahre mit einem Aufwand von 2,6 Mrd. US\$ modernisiert worden. Die Volksrepublik würde durch einen Kauf Zugang zu Hochtechnologie im Stahlbereich bekommen haben.

Hongkonger Bankiers erklärten, sie hätten gezögert, dem Zwischenkredit in Höhe von 450 Mio. US\$ beizutreten. Als Grund gaben sie die Unruhen in Beijing an.

Der neuseeländische Premierminister David Lange erklärte, daß es "aus außenpolitischen Gründen" zu begrüßen sei, daß der Verkauf nicht zustande gekommen sei. (NfA, 19.6.89; IHT, 17./18.6.89) -lou-

*(23)

Deutsche Unternehmen schätzen China-Geschäft überwiegend positiv ein

Der Hongkonger Korrespondent des *Handelsblatts* führte dort Gespräche mit führenden deutschen Kaufleuten, Hotelmanagern und Bankiers über das China-Geschäft.

Zwar haben Banken das Kredit-Rating für China- und Hongkong-Firmen revidiert, werden Investitionsentscheidungen und Einkaufsstrategien überdacht und sind Vermögenswerte in Milliardenhöhe an der Börse ausraidiert worden. Aber Alternativen zu Hongkong und zur Verlagerung der Produktionsbasis nach Südchina sind in Asien schwer auszumachen.

Zwar sind die Lohnkosten in den Fabriken hoch, stöhnen auch die 400 deutschen Unternehmen und 12 Banken unter den hohen Kosten für ihre Firmenvertretungen und regionalen Hauptquartiere aufgrund astronomischer Büro- und Wohnungsmieten. Aber die Effizienz dieser Stadt sowie die problemlose Beschaffung von Rohmaterialien, der glatte Produktionsablauf, die unbürokratische Verwaltung und die im Orient unübertroffenen Fazilitäten für Verschiffung und Luftfracht sind anerkannt erstklassig.

"Viele Konkurrenten von uns bereuen jetzt, die Produktion völlig nach China verlagert zu haben", erklärte Günther Klar, der General-Manager von WIK Far East Ltd. Dieses Unternehmen, ein führender Hersteller von Elektrogeräten, hat das zweitgrößte deutsche Produktionsunternehmen mit 800 Arbeitern in Hongkong aufgezogen und war dabei, die Produktion nach Südchina auszulagern. Denn die Lohnkosten in Hongkong waren zu hoch.

Während viele chinesische Unternehmen Hongkongs die gesamte Produktion auslagerten, will Klar das Risi-

ko begrenzen: Nur 35-40% der Fabrikation soll nach China gehen, und zwar in unmittelbare Nähe Hongkongs. Denn das Entscheidende für alle Fabrikationsstätten in China ist laut Klar nicht nur die Verschiffung über Hongkong, sondern auch die Materialversorgung aus Hongkong. WIK bringt mit eigenen Lkws die Rohstoffe in die China-Fabrik und holt die Fertigware ab. Südchinas Produktion kann also ohne Hongkong nicht funktionieren.

Auf Ausbau in Hongkong setzt auch Triumph, die Firma aus München, die eine eigene Holding in Hongkong unterhält und mit 1.500 Chinesen die meisten Chinesen aller deutschen Firmen in Hongkong beschäftigt. Triumph, Marktführer bei Damenunterwäsche und Badeanzügen, hat Produktionsstätten in allen Ländern Asiens außer Südkorea. Eine Fertigungsstätte wird seit zehn Jahren im Perlfuß-Delta in der Volksrepublik unweit Hongkongs unterhalten.

Daß die meisten Textilunternehmen nach China auslagerten, kommt Triumph in Hongkong zugute: Näherinnen wurden für die drei Triumph-Fabriken in Hongkong frei. Triumph-Chef W. Engelmann: "Neue Projekte in China werden gestoppt, aber wer schon Geld in China investiert hat, dem wird nichts übrigbleiben, als dort zu bleiben."

In einer prekären Lage sind die deutschen Versandhäuser. Mit Hauptquartier Hongkong als Einkaufszentrale haben manche Unternehmen wie Quelle einen Großteil der Bestellungen nach China verlagert. "Für China gibt es keinen Ersatz und keiner kann auf China verzichten", sagt Helmut Braun von Quelle. Die Textilproduktion Chinas hat eine Wanderung hinter sich: Einst in Shanghai angesiedelt, hat sich die Produktion nach der Revolution 1949 nach Hongkong ausgelagert und ging in den letzten Jahren wieder nach Südchina und selbst nach Shanghai und Umgebung zurück. Heinz Dieter Koeppel von Karstadt-Neckermann ergänzte: "Werkzeuge und Uhren kann man woanders bestellen, aber nicht Textilien."

Die Wirtschaftsbeziehungen deutscher Außenhandels- und Industrieunternehmen mit der Volksrepublik gehen - trotz Schock und Entsetzen über die innenpolitischen Ereignisse - ins Gleis der "Normalität" zurück. Einige Unternehmen haben bereits ihre zeitwei-

lig abgezogenen Mitarbeiter in die Volksrepublik zurückgeschickt; andere stehen unmittelbar vor diesem Schritt. Um die Sicherheit dieser Mitarbeiter, so die gegenwärtigen Eindrücke, sei offenbar nicht zu fürchten. Von offizieller chinesischer Seite werden die ausländischen Geschäftspartner z.Z. ausgesprochen zuvorkommend behandelt.

Auch in der chinesischen Bevölkerung, so die Beobachtung der in China tätigen Europäer, sei im Gegensatz zu früheren Unruhen bislang in keiner Weise Fremdenhaß zu spüren. Um den Grundsatz des "business as usual" zu betonen, ist es von chinesischer Seite auch weder zu Zahlungsverzögerungen noch zu Verzögerungen von Lieferungen gekommen, die über das Maß der Lieferverzögerungen vor den Unruhen hinausgehen.

Vor dem Hintergrund der fast demonstrativ bewiesenen Vertragstreue der Chinesen stößt - nach ersten Beobachtungen des Außenhandels - das Berufen ausländischer Unternehmen auf "höhere Gewalt" bei Liefer- oder Abnahmeverzögerungen auf Harthörigkeit bei den Chinesen.

Trotz des Festhaltens deutscher Unternehmen an den in den vergangenen Jahren geknüpften Wirtschaftsfäden und an alle Joint-Venture-Vereinbarungen ist unverkennbar, daß das Vertrauen in die Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen "as usual" einen deutlichen Knacks bekommen hat. Abzuwarten bleibe zum Beispiel, so ist zu hören, ob die bisherigen außenwirtschaftlich erfahrenen Geschäftspartner auf chinesischer Seite auch weiterhin in ihrer Position verbleiben und ob nicht vielleicht eine Säuberungswelle zu Neubesetzungen und damit zu Rückschlägen führen werden.

Die Absage der Herbst-Sitzung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission durch Bundesminister Helmut Haussmann ist nach Einschätzung des Bundesverbandes des deutschen Exporthandels "ein politischer Vorgang", der die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern kaum beeinflussen wird.

Der Verband der Fertigwaren-Importeure kritisiert sogar die Haussmann-Absage als "unklug", da Länder wie Japan oder die USA derartige Schritte nicht unternommen hätten.

Nach Einschätzung des Vorsitzenden des Bundesverbandes des deutschen Export-Handels, Carl Friedrich Peter-

sen, haben die meisten deutschen Handelshäuser ihr deutsches Personal aus Beijing und Shanghai abgezogen. Die vorhandenen Kontrakte würden aber abgewickelt, wenn auch Verzögerungen zu erwarten seien. Dies sei meist darauf zurückzuführen, daß das deutsche Fachpersonal eben nicht vor Ort sei.

Von Zahlungsschwierigkeiten auf der chinesischen Seite sei ihm nichts bekannt, so Petersen. Die Bank of China gebe sich vielmehr die allergrößte Mühe, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Petersen glaubt nicht, daß die Politik Wirtschaftssanktionen über China verhängen wird, "da inzwischen jeder eingesehen hat, daß dies nichts bringt." Es sei jedoch damit zu rechnen, daß bei der Vergabe von Hermes-Bürgschaften eine Pause eingelegt und Entwicklungshilfegelder auf Eis gelegt würden. (HB, 19.6. und 27.6.89; FAZ, 21.6.89) -lou-

* (24)

China gezwungen, Kraftwerkskohle zu importieren

Die Volksrepublik China, die man bereits als den kommenden großen Kohleexporteur bezeichnet hat, hat nun damit begonnen, Kraftwerkskohle zu importieren. Die erste von zehn Schiffsladungen im Rahmen eines großen Vertrages über südafrikanische Kohle wurde Mitte Juni 1989 in der Provinz Guangdong gelöscht.

In Guangdong - wie in vielen anderen chinesischen Provinzen - herrscht Mangel an Kohle. Dort wird seit längerem ein Programm rotierender Abschaltungen praktiziert. Die China Coal Import Export Corporation (CCIEC) bestand darauf, daß kein chinesisches Unternehmen an dem Kauf südafrikanischer Kohle beteiligt sei. Tatsächlich wird die Kohle jedoch durch ein auch in Hongkong ansässiges Handelshaus aus Guangdong importiert. Die Verschiffung erfolgt von dem mosambikanischen Hafen Maputo aus.

Die Importe von Kraftwerkskohle bedeuten für viele Experten im internationalen Kohlegeschäft eine große Überraschung. Obgleich die CCIEC nicht in Verbindung mit dem Kohlegeschäft gebracht werden wollte, gab sie dennoch zu, daß vom Ende des Jahres 1989 an Kohleimporte nötig würden. Hu Rongbin, ein Manager eines CCIEC-Unternehmens in Brüssel na-

mens Sineuro, erklärte auf einer internationalen Konferenz in Cartagena, Kolumbien, daß ca. 500.000 t jährlich benötigt würden.

Die Importe sollen auf jene Provinzen beschränkt bleiben, die langfristigen Bedarf haben sowie die Mittel, um die Kohle zu kaufen. Dies begrenzt die Zahl der potentiellen Käufer auf jene Provinzen, in denen sich Sonderwirtschaftszonen befinden. Die größte Aufmerksamkeit verbindet sich in diesem Zusammenhang mit Shanghai und Guangdong, und zwar sowohl wegen ihres relativen Reichtums und wegen der großen Hafenskapazitäten.

Die Schwierigkeiten in der Volksrepublik würden spätestens in dem Moment beseitigt sein, wenn die Eisenbahnstrecke von Datong in Shanxi zu dem großen Kohlehafen in Qinhuangdao in Betrieb genommen werden könnte. Diese Eisenbahnlinie hätte eine Kapazität von 100 Mio.t pro Jahr. Die Eisenbahnlinie ist nun fertiggestellt, es mangelt jedoch an dem rollenden Material - den Eisenbahnwagons. Diese werden erst in ca. fünf Jahren zur Verfügung stehen. Doch es wird immer klarer, daß eine effiziente Eisenbahnlinie nur zeigen wird, daß der Mangel an Kohle größer wird.

In zwei Provinzen - in Shanxi und in Guizhou - wird die Dimension des Problems jetzt bereits klar. In Shanxi nimmt die Produktion der kleinen Dorf- und Privatzechen ab. Diese waren für die Steigerung der Kohleförderung bis zum Jahre 1989 im wesentlichen verantwortlich. Die Wachstumsrate, die bis 1988 ca. 20% betragen hatte, ist nun gesunken. Der Provinzgouverneur von Shanxi warnte, daß die Erschöpfung der niedrigliegenden Flöze die Produktion nun kostspieliger machen würde. Die Produktionskosten würden ansteigen, und die Zechen litten unter Arbeitskräftemangel. Er fügte hinzu, daß das Kohlewachstum in der ganzen Volksrepublik innerhalb der nächsten zwei Jahre auf Null sinken würde.

In der Provinz Guizhou, die ein wichtiger Exporteur von Kohle an die benachbarten Provinzen ist, ist die Situation gleichermaßen kritisch. Die Anforderungen an die Zechen der Provinz sehen vor, daß die Produktion sich bis 1995 auf ca. 63 Mio.t verdoppeln soll. Der Investitionsmangel bedeutet jedoch, daß die Produktion abnimmt, anstatt zu steigen, um der Nachfrage

genügen zu können. Im Jahre 1989 erwartet man ein Absinken der Produktion in Guizhou auf unter 30 Mio.t. (FT, 20.6.89) -lou-

* (25)

Japans Zusammenarbeit mit China

Die jüngste Entwicklung in der Volksrepublik China wird in Japan mit besonderer Aufmerksamkeit und Besorgnis beobachtet. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es im beiderseitigen Warenaustausch im laufenden Jahr 1989 zu spürbaren Rückschlägen komme.

1988 hatte der Warenverkehr Japans mit der VR China nach japanischen Statistiken (auf Zollbasis) noch mit einem Rekordvolumen von 19,3 Mrd. US\$ abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die japanischen Ausfuhren (auf Dollar-Basis) um 14,9% auf 9.475,9 Mio.US\$, während die Einfuhren um 33,2% auf 9.858,8 Mio.US\$ wuchsen. Zum erstenmal seit 1984 wies der bilaterale Handelsaustausch im vergangenen Jahr diesen Angaben zufolge ein leichtes japanisches Defizit von 382,9 Mio.US\$ auf.

Nach chinesischen Statistiken zeigte die Handelsbilanz 1988 aber wie in den Vorjahren einen Fehlbetrag der VR China. Er lag allerdings mit 3,2 Mrd. US\$ deutlich unter dem der Vorjahre (Exporte Japans: 11,1 Mrd., Importe: 7,9 Mrd.US\$).

Ein Grund für die unterschiedlichen Angaben über den Warenaustausch liegt vor allem darin, daß ein Teil des japanischen Handels mit China (vor allem der japanische Export) über Hongkong abgewickelt wird und in den japanischen Statistiken nicht als Ausfuhr nach bzw. Einfuhr aus China erscheint. Als weitere Erklärung für die unterschiedlichen Daten wird angeführt, daß die Erfassung der Ausfuhren mit fob-Werten und der Einfuhren mit cif-Werten die jeweiligen Ausfuhr- (Einfuhr-)Angaben verringert (vergrößert). Schließlich könnten unterschiedliche Methoden zu Umrechnung der eigenen Währung in US-Dollar die Statistiken verzerren.

Während sich die Struktur der japanischen Exporte nach China 1988 kaum veränderte - es wurden vor allem Maschinen und Ausrüstungen (48,2%) und Metallprodukte (28,9%) geliefert -, gab es bei den Ausfuhren der VR

China nach Japan deutliche Verschiebungen. So zogen die chinesischen Lieferungen von Textilien erheblich an; sie wuchsen um fast 50% auf 3,0 Mrd. US\$ und machten fast ein Drittel der chinesischen Exporte nach Japan aus. Vor allem der Absatz von Strickwaren, Unterwäsche, Hemden und Jacken nahm stark zu.

Auch die Verkäufe Chinas von Nahrungsmitteln (+38,9%), vor allem von Garnelen und Fischprodukten, zeigten ein deutliches Plus. Auf Nahrungsmittel entfielen 18,1% der Lieferungen nach Japan.

Die (nach chinesischer Angabe ohnehin schon weit unter den Möglichkeiten bleibenden) japanischen Investitionen in der Volksrepublik verringerten sich 1988 gegenüber dem Vorjahr. Die Unternehmen Japans hätten jedoch - so erklärte das MITI allerdings noch vor Ausbruch der Unruhen in China - grundsätzlich weiterhin Interesse an Engagements in dem Land. Prioritäre Sektoren für Investitionen seien die Textil- und die Elektronikindustrie.

Re-Exporte nach Japan seien allerdings auch vorgesehen. Jedoch bestünden nach Erkenntnissen des MITI keine Pläne, die Elektronikindustrie für den Export in die USA und nach Europa auszubauen.

Für China ist der Technologietransfer neben einer Verstärkung der Investitionen das Hauptthema seiner Wirtschaftszusammenarbeit mit Japan. Man habe sich - so hieß es - grundsätzlich darauf geeinigt, einen gemischten Rat für den Technologietransfer auf staatlicher Ebene mit Beratern aus der Wirtschaft zu gründen. Dieser Rat solle sich vor allem um eine Verbesserung des Klimas für den Technologietransfer kümmern. Probleme bestünden vor allem bei der Bewertung und beim Schutz von Technologie. Der Technologietransfer wird zudem teilweise durch die COCOM-Bestimmungen beschränkt.

Fachleute sind der Ansicht, daß die erhebliche Verringerung des chinesischen Defizits (das trotz gegenteiliger japanischer Statistiken noch besteht) 1988 nicht wie in den Vorjahren durch Einschränkung der chinesischen Importe aus Japan erfolgt ist, sondern durch eine erhebliche Ausweitung des Handels.

An Risiken und unvorhergesehenen Rückschlägen im China-Geschäft sind die Japaner seit der Normalisierung der bilateralen Beziehungen Anfang der 1970er Jahre gewöhnt. Mehrmals seit Öffnung der Volksrepublik 1978 mußten die im China-Handel engagierten Branchen drastische Rückschläge durch abrupte Kurswechsel der chinesischen Industrie- und Handelspolitik hinnehmen. Betroffen von solchen Schwankungen waren etwa in den letzten Jahren die Sektoren Elektrogeräte und Konsumelektronik.

Daher will auch in der gegenwärtigen Krisensituation niemand in Tokyo einen Rückfall Chinas in die internationale Isolation für möglich halten. In der japanischen Wirtschaft ist im übrigen das Vertrauen in die, wie es heißt, inzwischen eingetretene Eigendynamik der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen groß. Dieser Einstellung entgegen kommt die betonte politische Zurückhaltung Tokyos hinsichtlich der militärischen Ausschreitungen, begründet mit den historischen Besonderheiten im Verhältnis der ehemaligen Besatzungsmacht Japan gegenüber China.

China-Fachleute in der japanischen Administration rechnen nach Berichten in Tokyo mit einer mindestens dreijährigen Stagnationsperiode der chinesischen Wirtschaft infolge der Unruhen. Nach Schätzungen von Handelsexperten dürfte in diesem Jahr der Warenverkehr Japans mit der Volksrepublik um 30% zurückgehen.

Inzwischen verlautete von führenden japanischen Handelshäusern, daß der chinesische Exportfluß nach Japan - vor allem Erdöl, Textilien und Nahrungsmittel - durch die Unruhen bislang nicht unterbrochen worden sei. Im übrigen sei man auch an größere Verzögerungen wegen unzureichender innerchinesischer Transportbedingungen gewöhnt und halte daher entsprechend hohe Lagerbestände.

Im japanischen China-Export wurde die Stahlindustrie durch die Unruhen empfindlich getroffen, da für die Juli-Bestellung von 300.000 t noch keine Akkreditive vorlagen und die Produktion hierfür eingestellt werden mußte. In der staatlichen Exportversicherung wurde inzwischen die Volksrepublik China, die wie die asiatischen neu sich industrialisierenden Länder bisher in der niedrigsten Risikostufe eingeordnet war, vom MITI um eine Stufe angehoben.

Ausführlich berichtet wurde in der Tokyoter Presse über Stilllegungen und Produktionseinschränkungen in einigen größeren Joint Ventures auch in der chinesischen Provinz.

Auf unbestimmte Zeit vertagt wurden ferner laufende Verhandlungen über neue Investitionsprojekte wie auch Bauarbeiten an schon gegründeten Werken. Betroffen hiervon sind u.a. das Eisenhüttenprojekt von fünf japanischen Stahlriesen in Shandong, zwei Hitachi-Joint-Ventures (Fernsehröhren, Kühlschränke) in Shenzhen und Beijing, außerdem eine Speiseö Raffinerie der Nisshin Oil Mills in Dalian, zwei neue NEC-Betriebe in Beijing und Tianjin, eine Canon-Produktion in Dalian, ein Textil-Joint-Venture von Juki, eine Teileproduktion von Seiko Epson, eine Zementanlage von Onoda Cement Co. sowie Bauprojekte (Hotel, Fabrik) von Kumagaigumi Co. und Kabebo.

Ebenfalls auf unbestimmte Zeit verschoben wurde die Eröffnung der Japan-China-Investment Promotion Organization, die vom MITI zusammen mit rd. 100 japanischen Unternehmen als Gremium zur Förderung von China-Investitionen gegründet worden war. Basis der Organisation ist ein bilaterales Investitionsschutzabkommen, das gerade Mitte April 1989 unterzeichnet und Mitte Mai 1989 in Kraft getreten war.

Erwartet wird daher ein weiterer Rückgang der japanischen Direktinvestitionen in der Volksrepublik. Sie waren schon in den letzten Jahren auf ein Niveau zwischen 200 und 400 Mio. US\$ jährlich (von 470 Mio. US\$ 1985) abgefallen. Nach letzten statistischen Angaben investierten japanische Firmen im Fiskaljahr 1988/89 (1.4.-31.3.) in China 296 Mio. US\$ in 170 Einzelunternehmungen.

Vertreter des Finanzministeriums in Tokyo gaben bekannt, daß die japanische Entwicklungshilfe an China praktisch eingefroren worden sei. Im Lichte der politischen Unruhen sei vorderhand ein Entscheid darüber unmöglich, ob insbesondere das vom früheren Ministerpräsidenten Takeshita im letzten Jahr versprochene mehrjährige Entwicklungshilfeprogramm über 810 Mrd. Yen wie geplant im nächsten April aufgenommen werden könne. Ein Sprecher der japanischen Export-Import-Bank sagte ferner, daß auch die Politik für Handelskredite an Chi-

na neu überprüft werden müsse. Ähnliche Verlautbarungen machten auch die im China-Geschäft bisher stark engagierten japanischen Geschäftsbanken.

Daß die staatlichen und privaten Kreditinstitute Japans, des größten Handelspartners und Kreditgebers China, die Finanzierung von chinesischen Entwicklungshilfeprojekten faktisch eingestellt und entsprechende Verhandlungen suspendiert haben, ist nun aber nicht als eine wirtschaftliche Sanktionsmaßnahme gegen die brutale Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung zu werten. Die japanische Regierung hat während der letzten Tage vielmehr wiederholt um Verständnis für ihren nicht selten als opportunistisch verpönten - da letztlich von wirtschaftlichen Interessen geprägten - Standpunkt geworben, daß sich Japan als einstmaliger Aggressor gegen China in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik nicht einmischen dürfe und die Beijinger Führung deshalb für die Repressionswelle nicht so scharf und direkt wie etwa die USA und die EG-Länder verurteilen und kritisieren könne.

Die faktische Einfrierung der japanischen Finanzhilfe, die die chinesische Wirtschaftsentwicklung zumindest vorübergehend schwerwiegend beeinträchtigen dürfte, wird so auch offiziell ausschließlich damit begründet, daß die Wirtschaftlichkeit der zu finanzierenden Projekte von den jüngsten politischen Ereignissen in Frage gestellt worden ist. Der weitere Verlauf der wirtschaftlichen Reformpolitik Beijings sei noch äußerst ungewiß. (NfA, 14. und 16.6.89; NZZ, 25./26.6.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*** (26)**
Ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen im ersten Halbjahr 1989

Die wirtschaftlichen Sanktionen westlicher Länder würden Chinas Wirtschaft "kurzfristig in vorübergehende Schwierigkeiten" bringen, sagte Regierungssprecher Yuan Mu am 11.7.1989 vor Journalisten. China werde sich dennoch keinerlei Druck von außen beugen, betonte er. Insgesamt bewertete Yuan die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im abgelaufenen Halbjahr nicht durchgehend positiv.

Besonders ungünstig habe sich das Verhältnis zwischen Importen und Exporten entwickelt. Nach der Zollstatistik betrage das Handelsdefizit für diesen Zeitraum 3,82 Mrd. US\$. Die Importe seien im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 26,7% gestiegen, während die Exporte nur um 6,5% zugenommen hätten. China werde dieser Entwicklung in Zukunft mit verstärkten Importkontrollen begegnen.

Die Zahlen der Zollstatistiken stehen ein weiteres Mal den optimistischen Äußerungen entgegen, die von Zheng Tuobin, dem Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, am 15. Juni 1989 gemacht wurden. Er hatte erklärt, daß der relative Rückgang der Exporte aufgehalten worden sei.

Für eine gesunde Entwicklung der chinesischen Wirtschaft sei es notwendig, das Ausmaß der Anlageninvestitionen zu kontrollieren, sagte Yuan. Verschiedene Provinzen seien zu solchen Maßnahmen bereits angehalten worden. Die Zahl neuer Projekte sei inzwischen eingeschränkt worden. Dennoch sei Chinas wirtschaftliche Struktur nicht ausreichend durchdacht. Die wirtschaftliche Leistung der Betriebe ist nach Yuans Bericht "nicht sehr gut". Die Staatseinnahmen seien im ersten Halbjahr nur langsam angewachsen. Gleichzeitig seien die Regierungsausgaben sprunghaft angestiegen. Die Spartätigkeit sei gesunken.

Die Lebenshaltungskosten in China seien nach ersten Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr um 25,5% gestiegen, sagte Yuan. Diese Entwicklung sei noch eine Nachwirkung der Preissprünge im vergangenen Jahr. Inzwischen sei der Inflationsschub zwar unter Kontrolle, es müßten aber dennoch verstärkt Anstrengungen unternommen werden, die Preissteigerungen weiter zu verlangsamen.

Der chinesische Finanzminister Wang Bingqian stellte fest, daß die finanzielle Lage in China in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bedenklich ausgefallen habe. Nach den Statistiken ist der Jahresplan für die Staatseinnahmen vom Januar bis Mai nur zu 31,7% erfüllt worden. Das langsame Wachstum der Staatseinnahmen sei vor allem darauf zurückzuführen, daß der industrielle Produktionswert der volkseigenen Betriebe nur langsam gestiegen sei. Darüber hinaus sei die Wirtschaftseffizienz der Betriebe gesunken.

Die Maßnahme zur Erhöhung der Staatseinnahmen sei nur ungenügend durchgeführt worden. Deshalb forderte Wang Bingqian die Finanz- und Steuerämter aller Ebenen auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das Budget zu erfüllen. (Radio Beijing, 7.7.89; dpa, 11.7.89; FT, 30.6.89) -lou-

*** (27)**
Graslandverluste alarmierend

Chinesische Experten haben ihre Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Graslandgebiete zu schützen, die mit einer alarmierenden Rate verschwinden. Mehr als 1 Mio. ha Grasland verschwinden jedes Jahr, so die Experten auf einer nationalen Konferenz in Beijing. Sie erklärten, daß in 30 Jahren ein Drittel des Graslandes verschwunden sein wird.

China hat 400 Mio. ha Grasland - 13% des gesamten Graslandes in der Welt und nahezu so viel wie das Grasland in ganz Australien. Deswegen sei in China ein großes Potential für die Entwicklung der Viehzucht vorhanden.

Gleichwohl hätten ein unkontrolliertes Anwachsen des Viehbestandes, nicht sorgfältige Behandlung der Ressourcen sowie die Nutzung von mehr und mehr Flächen für den Anbau von anderen Kulturen dazu geführt, daß das Grasland degeneriert sei. Mehr als 7 Mio. ha Grasland seien für andere Kulturen genutzt worden.

In Xinjiang sei geplant, ca. 700.000 ha Grasland bis zum Ende des Jahres 1990 mit anderen Kulturen zu bestellen, während in der Inneren Mongolei das Gleiche mit 433.000 ha geplant sei. Der Nutzungswandel habe sich in vielen Gebieten nicht ausgezahlt.

Ca. 30% der natürlichen Weideflächen des Landes seien sandig oder alkalisch geworden, weitere 30% seien von Ratten und Insekten befallen. Die Experten erklärten, daß wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Ruin dieser wertvollen Ressourcen zu verhindern.

Mehr als 6 Mio. ha neuen Graslandes seien in den letzten Jahren hinzugekommen. In den letzten Jahren seien jedes Jahr über 10 Mio. ha Land aus der Luft besät worden. Die Erfolgsrate dieser Graskultivationsmethode betrage 70%. Diese neuen Grasflächen machten jedoch nur ein Neuntel des Gebietes aus, das in den letzten drei Jahrzehnten verlorengegangen sei. (XNA, 6.7.89) -lou-